

Bericht Erich Mielkes zur Aufhebung der Haftbefehle von Wolfgang Rüdtenklau und Bert Schlegel

Der Stasi gelang es im November 1987 nicht wie geplant, Mitarbeiter der Umweltbibliothek der Herstellung einer verbotenen Oppositionszeitung zu überführen. Die dort verhafteten Aktivisten Wolfgang Rüdtenklau und Bert Schlegel mussten mangels Beweislast wieder entlassen werden.

Die Kirchen in der DDR boten innerhalb der realsozialistischen Diktatur einige Freiräume, die besonders junge Menschen für sich nutzten. Neben selbst bewirtschafteten Räumlichkeiten besaßen die Kirchen eine staatliche Druckgenehmigung, die sie zur Herausgabe eigener Publikationen ohne vorherige staatliche Zensur berechnigte. Im Umfeld der Kirchen entstanden neben der gegen Wehrunterricht und Aufrüstung gerichteten Friedensbewegung ab Ende der 70er Jahre auch Umweltgruppen in der DDR. Diese wandten sich gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ihres Landes und versuchten, sich selbst Informationen zu Umweltthemen zu verschaffen, die der SED-Staat der Öffentlichkeit bewusst vorenthielt.

In der Ost-Berliner Zionsgemeinde befand sich mit der Umweltbibliothek (UB) ein Versammlungsort für Oppositionelle, der zunehmend ins Visier der Stasi geriet. Die UB ermöglichte nicht nur einen Zugang zu westlicher Fachliteratur, sondern hier fanden auch Veranstaltungen statt und ihre Mitglieder produzierten Zeitungen im Selbstverlag.

Unter dem Decknamen Aktion „Falle“ führte die Stasi in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 in der Umweltbibliothek eine Razzia durch. Geplant war, Aktivisten bei der Herstellung der nicht durch die kirchliche Lizenz gedeckten Oppositionszeitung „Grenzfall“ zu ertappen. Das Samisdatblatt wurde von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ publiziert, die die Staatssicherheit wegen ihrer kritischen Arbeit als illegal einstufte. Durch eine kurzfristige Planänderung wurde der Druck jedoch verschoben und die Stasi traf Mitglieder der Umweltbibliothek stattdessen beim Drucken der kircheneigenen „Umweltblätter“ an. Den Oppositionellen gelang es, westliche Medien über die Razzia zu informieren und durch Mahnwachen und Protestveranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Umweltbibliothek in Ost und West zu erhöhen. Die Aktion „Falle“ durchkreuzte damit das eigentliche Vorhaben des MfS, die Verbreitung kritischer Positionen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Das vorliegende vom Minister der Staatssicherheit, Erich Mielke, unterzeichnete Dokument bezieht sich auf ein vorheriges Schreiben vom 25. November, in dem er die Leiter der Dienstseinheiten über die Razzia in der Umweltbibliothek informierte und sie anwies, mögliche darauffolgende Protestaktionen zu unterbinden.

Mit der „Ergänzung“ informierte Mielke darüber, dass die Haftbefehle gegen die festgenommenen Mitarbeiter der Umweltbibliothek, Wolfgang Rüdtenklau und Bert Schlegel, aufgehoben wurden. Die eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen die beiden Aktivisten liefen allerdings weiter. Darüber hinaus ordnete der Minister an, dass solche Personen, die im Umfeld der Zionskirche bereits durch „provokatorische Handlungen“ aufgefallen seien, fortan verstärkt kontrolliert werden sollten.

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8813, Bl. 1

Metadaten

Dienstseinheit: Minister für
Staatssicherheit
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 28.11.1987

Bericht Erich Mielkes zur Aufhebung der Haftbefehle von Wolfgang Rüdtenklau und Bert Schlegel

103428 232/87

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, 28. November 1987

BSU
009001

Vertrauliche Verschlusssache
VVS-o008
MfS-Nr. 72/87
38 .Ausf. Bl. 1 bis -

Dienstseinheiten
Leiter

Ergänzung zum Schreiben vom 25. November 1987
(VVS MfS o008-Nr. 71/87)

Es wurde entschieden, die gegen die Personen RÜDDEKLAU und SCHLEGEL erlassenen Haftbefehle aufzuheben. Beide Personen wurden am Morgen des 28. November 1987 aus der Untersuchungshaft entlassen. Die gegen sie eingeleiteten Ermittlungsverfahren gemäß § 218, Abs. 1, StGB werden ohne Haft weitergeführt.

Es ist davon auszugehen, daß gegnerische Kräfte aus dem Operationsgebiet mit maßgeblicher Unterstützung in der DDR akkreditierter Korrespondenten aus nichtsozialistischen Staaten und innere feindlich-negative Elemente, insbesondere hinlänglich bekannte Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit, im engen abgestimmten Zusammenwirken versuchen werden, durch weitergehende Aktivitäten die Situation weiter anzuhetzen.

Deshalb sind alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Reaktion in diesen Kreisen auf die bisher durchgeführten Maßnahmen und getroffenen Entscheidungen unverzüglich festzustellen, darüber zentral zu informieren und die von diesen Kräften weiter verfolgten Pläne und Absichten rechtzeitig aufzuklären. Größte Aufmerksamkeit muß dabei jenen Personen gelten, die bisher an provokatorischen Handlungen im Bereich der Zionskirche teilgenommen haben, von denen Versuche zur Inszenierung von "Solidarisierungsaktionen" bzw. von denen Gefahren ausgehen, daß sie diese Situation für andere feindlich-negative, provokatorische Handlungen zu nutzen versuchen. Diese Kräfte sind verstärkt unter operativer Kontrolle zu halten. Weitergehende Maßnahmen gegen derartige Kräfte sind zentral abzustimmen.

Es sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Positionen jener realistischen kirchlichen Kräfte zu stärken, die sich gegen den Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen für staatsfeindliche Handlungen und das Verhältnis Staat - Kirche belastende konfrontative Absichten reaktionärer kirchlicher und anderer feindlich-negativer Kräfte wenden.

Mielke
Armee general

Signatur: BArch, MfS, BdL/Dok., Nr. 8813, Bl. 1

Blatt 1